JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN



TELEGRAMM-ADRESSE:
„PRESSCENTRA ZÜRICH"

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 6	9. Januar 1919	ח' שבט תרע"ט	Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

N. Syrkin.

Erst jetzt wird bekannt, dass *N. Syrkin*, der bekannte Zionistenführer am 24. Dez. in Kiew verschieden ist. Während des Begräbnisses, an dem Vertreter aller jüdischen Institutionen und Organisationen, wie auch einzelne Militärabteilungen des ukrainischen Direktoriums teilgenommen haben,waren alle Geschäfte der Stadt gesperrt. Auf dem Stadthause wehte an diesem Tage eine schwarze Fahne.

N. Syrkin wurde im Jahre 1878 geboren. Von Beruf Ingenieur-Technologe, veröffentlichte er viele Arbeiten in der technischen Fachliteratur. Seine hervorragende publizistische Tätigkeit auf jüdischem Gebiete begann Syrkin im Jahre 1897 mit einer Serie von Artikeln in „Hazefira", „Woschod" und „Buduschnost". Im Jahre 1903 redigierte er in Warschau die jüdische Zeitung „Der Telegraph". Den besten Teil seiner Lebenskraft, den grössten Teil seiner Zeit widmete Syrkin der zionistischen Arbeit. Er war Mitglied des Zentralkomitees der russisch-zionistischen Organisation und tatsächlicher Führer der Partei in der Ukraine. In letzter Zeit war er Delegierter in die russische und ukrainische Konstiuante, wie auch zum allrussischen jüdischen Kongress. Im neuen Rate der jüdischen Gemeinde wurde Syrkin zum Vorsitzenden gewählt.

Syrkin war überhaupt einer der energischsten Kämpfer für die Rechte des Judentums und die Seele der zionistischen Bewegung in der Ukraine. Mit seinem Hinscheiden hat ein heissglühendes Herz für das jüdische Volk und seine heilige Sache, zu schlagen aufgehört. Wie verlautet, war es sein letzter Wunsch, man möge seine sterblichen Ueberreste nach Palästina überführen.

Der Jüdische Kongress in Amerika.

Der Jüdische Kongress in Amerika wurde am 15. Dezember in besonders feierlicher Weise durch Ansprachen von Nathan Strauss und Julian Mack eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Julian Mack, der Präsident der zionistischen Organisation in Amerika, gewählt. Ehrenvorsitzender ist Nathan Strauss. Am 16. Dezember nahm der Kongress die Berichte der einzelnen Kommissionen über die Judenfrage in den verschiedenen Ländern entgegen. Die vom Kongress gewählten Komitees weisen überwältigende zionistische Majorität auf. In seiner Begrüssungsrede sagte Julian Mack:

Palästina muss unter Sachwalterschaft einer Grossmacht, deren Grundlage Freiheit und Demokratie sind, stehen. Falls die Juden entschlossen sind, dass England, dessen Armeen Palästina befreit haben, Palästina im Namen des Völkerbundes verwalten soll, so werden diese Wünsche des jüdischen Volkes sicherlich am Friedenskongress anerkannt werden.

Auf der Schluss-Sitzung des Kongresses am 18. Dezember wurde mit grossem Enthusiasmus folgende Resolution angenommen:

„Der Kongress instruiert die von ihm gewählte Friedensdelegation, zusammen mit den anderen jüdischen Organisationen, ganz besonders der zionistischen Weltorganisation, dahin zu wirken, dass der Friedenskongress die Bestrebungen und historischen Aspirationen des jüdischen Volkes auf Palästina anerkenne. Der Kongress erklärt, dass, in Uebereinstimmung mit der britischen Erklärung, die von der Koalition und Präsident Wilson gutgeheisen wurde, in Palästina solche politische, administrative und ökonomische Bedingungen geschaffen werden müssen, die die Entwicklung Palästinas, das im Auftrage des Völkerbundes, unter der Sachwalterschaft Englands stehen wird, als jüdisches Gemeindewesen sicher stellen sollen. Selbstredend dürfen dabei die bürgerlichen und religiösen Rechte der *nichtjüdischen* Gemeinden in Palästina sowie die Rechte und die politische Stellung der Juden in *anderen Ländern* nicht beeinträchtigt werden.

Brief aus Berlin.

(Vom Korrespondenten der „J. P. Z.")

Der zionistische Delegiertentag hat in den Tagen des 25. bis 27. Dezember hier getagt. Es fand eine umfangreiche Palästina-Debatte statt, in der die Möglichkeiten der Besiedelung erörtet wurden. Von vielen Seiten wurde die Sozialisierung verlangt, aber es wurde, insbesondere auch vom Referenten *Lichtheim*, darauf hingewiesen, dass es sich um Neuland handle, das nur durch die Privatinitiative kolonisiert werden könne. Natürlich müsse die Gefahr kapitalistischer Auswüchse beseitigt werden, aber selbst die Nationalisierung des Bodens be-

gegne grossen Schwierigkeiten. Auf diesen Standpunkt stellte sich die grosse Mehrheit der Delegierten. Ein besonderer Palästina-Delegiertentag soll innerhalb zwei Monaten stattfinden.

Sodann wurde die Frage der Einberufung eines deutsch-jüdischen Kongresses erörtert. Zwei Meinungen standen einander gegenüber, nämlich die von Dr. Adolf *Friedemann* im Einvernehmen mit einer Reihe von Gleichgesinnten vertretene, dass zu dem Kongress alle diejenigen herangezogen werden müssten, welche das Palästina-Programm anerkennen und das Bestehen eines jüdischen Volkstums, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich selbst zum jüdischen Volk im *technischen* Sinne des Wortes rechnen oder für sich selbst die Bezeichnung als Volk ablehnen. Unter diesen Voraussetzungen würde z. B. der Zentralverein das Kopenhagener Programm anerkennen. Diese Plattform ist von den amerikanischen Juden akzeptiert worden, die sogar noch weitergehen und ihrerseits nicht einmal von „Jewish people", sondern nur von „Jewish commonwealts" sprechen, also die Beteiligung am Kongress noch erleichtern. (Ebenso spricht ja die „Pro Causa Judaica" in ihrem Aufruf nur von jüdischer Gemeinschaft.) Die Mehrheit stellte sich aber auf den Standpunkt, dass nur diejenigen am Kongress teilnehmen dürfen, die „im Bewusstsein ihrer Zugehörigkeit zum jüdischen Volke das Kopenhagener Programm annehmen." (Danach wäre zu befürchten, dass der geplante Kongress überhaupt ins Wasser fällt oder aber, es wird eben ein zionistischer Kongress sein. Ausserdem ist ein wilder Kampf innerhalb der deutschen Judenheit vorauszusehen.) Führer der gegnerischen Mehrheit war der Referent Kurt *Blumenfeld*.

Bericht aus Palästina.

Die jüdischen Evakuierten beginnen allmählich zurückzukehren und die Kolonien wieder zu besetzen. „Petach Thikwa", das zum Glück nur wenig gelitten hat, ist fast ganz wieder bewohnt. Dagegen haben die Kolonien „Kfar Saba", „Kfar Mala" und „Ein Ganin" sehr grosse Schäden aufzuweisen. In Kfar Saba sind ausser einigen wenigen Häuserruinen nur zwei Mandelgärten heil geblieben. In Ein Ganim sind alle Häuser demoliert, die Gärten jedoch unbeschädigt. In Kfar Mala sind das Arbeiterheim, die Motorgebäude und einige Stallungen zerstört. Das rasche Zurückströmen der Flüchtlinge hat besonders wohltuend auf das Schulwesen eingewirkt. Prof. *Schatz* ist mit viel Freude empfangen worden, ebenso Salomon *Schiller*, der Leiter des Gymnasiums in Jerusalem. Von den neuen Lehrkräften hat Dr. *Lurié* das Inspektorat über den hebräischen Unterricht übernommen, während *Isak Epstein* als provisorischer Leiter des Lehrerseminars fungiert, bis David Jelin, der in der Evakuierten-Fürsorge tätig ist, seinen Posten wieder übernehmen wird können. Auch das Volkshaus in Jerusalem ist wieder eröffnet.

In den Kolonien sind jüdische Steuerbehörden und jüdische Polizei eingesetzt. Im höchsten Gerichtshof sind von 5 Richtern 3 Juden. Die Korrespondenz mit den Behörden darf auch in hebräischer Sprache stattfinden.

Im Gegensatz zu den Goluthländern, wo während des Krieges das hebräische Schrifttum darnieder lag, blühte in Palästina sowohl die schöngeistige Literatur (Sammlung der Poesien „Tmol" von Barasch u. a.) wie auch die wissenschaftliche (Interpretation des Buches „Hiob", hebräische Handbücher für die Mittelschulen und ähnliche).

Ausser der hebräischen Wochenschrift „Chadaschot-Mehaarez" erscheint auch eine neue pädagogische Monatsschrift „Hachinuch" unter der Redaktion von Dr. Turow. Sehr rege Tätigkeit entwickelte auch die Arbeiterorganisation „Hapoel Hazair". Diese Organisation gab während des Krieges zwei, der Arbeiterfrage gewidmete Werke heraus, „Haawodah" und „Haarec w'haawodah". Ausserdem erscheint in Jerusalem die allen aktuellen Fragen gewidmete Monatsschrift „Al Hamitzpa".

Im Buchhandel sind erschienen „Likrat Heatid" von *Mordechai ben Hillel Hakohen*, „Milchemet hajihudim baromaim w'churban Jeruschalaim" von *Belkind* und „Hamoreh w'hatalmid" und „Hachoref harischon" von Ch. A. *Zutta*. Der bekannte Litterat A. Z. *Rabinowicz* übersetzte mehrere Werke der europäischen Literatur, darunter die Autobiographie des russischen Revolutionisten *Gerschuni*, ins Hebräische. Demnächst beginnt auch unter der Redaktion von Rabinowicz die periodische literarische Zeitschrift „Hagalil" zu erscheinen.

Polnischer Maulkorb.

Folgendes Plakat ist in Tarnow angeschlagen, das wir in wörtlicher Uebersetzung wiedergeben:

„Bisher bediente sich ein Teil unseres Publikums ostentativ der Sprache unserer Feinde. Zwecks Vermeidung von eventuellen Zwischenfällen, hervorgerufen

durch dieses provokatorische Verhalten

verbieten wir hiermit

den Gebrauch der

deutschen u. ähnlicher Sprachen

auf den Straßen und in den öffentlichen Lokalen der Stadt Tarnow.

Den 30. Dezember 1818.

Das Kommando
der bürgerlichen Miliz in Tarnow."

Dazu bemerkt der „Nowy Dziennik" redaktionell (gekürzt wiedergegeben): „Dieses Plakat ist schlimmer denn ein Pogrom! Wahrlich, nicht um das Verbot des Gebrauches der *deutschen Sprache* handelt es sich uns. Wir haben viel zu viel mit uns selbst zu tun, als daß wir uns noch um die weitesten, allgemein menschlichen Freiheiten, also auch um die Freiheit, sich derjenigen Sprache, die einem am bequemsten ist, zu bedienen, kümmern könnten. Also soll unseretwegen „Deutsch" verboten werden.

Aber was bedeutet „und ähnlicher". Welcher weiteren Sprache noch darf man sich in Tarnow öffentlich nicht bedienen? Damit ist doch etwa nicht englisch, französisch, italienisch, ungarisch, russisch, tschechisch u. a. gemeint. Man darf einfach in der Stadt und in den öffentlichen Lokalen Tarnows nicht mehr *jüdisch* sprechen. Von nun an dürfen die Juden, *deren einzige Umgangs-*

Sprache das Jüdische ist, auf der Strasse sich nicht mehr in dieser Sprache verständigen! Die fatalen Worte „und ähnlicher“ können gar nichts anderes bedeuten und einzig und allein um das Jüdische geht es hier, denn nach Abzug des österreichischen Heeres denkt doch niemand in Tarnow daran die deutsche Sprache zu gebrauchen.“

Nach einer linguistischen Auseinandersetzung fährt der „Nowy Dziennik“ fort: „Beim Tarnower Verbot handelte es sich nicht um Linguistik, sondern um etwas *hochpolitisches.* Und deshalb sagen wir, es ist dies für Juden *so beleidigend, so empörend,* eine solche Ohrfeige nicht nur für die Tarnower Juden, sondern für das *ganze Judentum,* dass wir gar nicht Worte für den Ausdruck unserer Gefühle zu finden imstande sind.

Die jüdische Sprache provoziert?! Aber provoziert nicht ebenso die jüdische Nase, der jüdische Bart, die jüdische Kleidung, der jüdische Gang und die jüdische Geste, und seien wir aufrichtig, der Jude selbst als solcher ohne Bart, in europäischer Tracht der überhaupt nicht spricht, provoziert der etwa nicht auch?

Polen! Solange Ihr im Juden nicht den Menschen und in der jüdischen Allgemeinheit das Volk anerkennen werdet, solange wird die Polenfrage die Ursache allen Uebels *für Euch* und *für uns* sein.

Nach all dem werdet Ihr also verstehen, weshalb wir das Tarnower Plakat schmerzlicher empfinden als einen Pogrom.

Und zum Schlusse noch eins. Aendert doch endlich Eure ständige Taktik und werdet ehrlich! Wenn Ihr das Jüdische verbietet, so schreibt doch deutlich und offen: „Wir verbieten das Jüdische“ und nicht wie Ihr es tut, das Deutsche „und ähnliche Sprachen“. „Und ähnliche“ ist eine Ohrfeige in Handschuhen, aber wie sehr wir uns überhaupt keine Ohrfeigen bieten lassen können, noch viel widerwärtiger ist uns die Heuchelei und das Pharisäertum einer Ohrfeige in Handschuhen.“

Brief aus Ungarn.

Mit der Bitte um Veröffentlichung erhalten wir folgenden Brief:

Budapest, den 31. Dezember 1918. Ich muß meinen Brief mit dem Bibelwort beginnen: „Es ist keine Zeit der frohen Botschaft, der heutige Tag“. Die Geschichte der Juden in Ungarn weist keine solche bittere Tage auf, wie es die letzten waren und sind. Hätten wir es uns jemals vorstellen können, daß wir im schönen Ungarn, wo wir in Ruhe und Zufriedenheit lebten, noch so was erleben werden! Gerade als ein neuer Geist eine neue Aera der vollkommensten Freiheit, Demokratie und freier Bahn allen Tüchtigen ihren Einzug hält, gerade als auch wir Juden dabei sind, unsere Tüchtigkeit zur wahren Geltung zu bringen, zu den hier immer bestandenen Freiheiten noch weitere zu erhalten, unsere festgefügten, segenspendenden Organisationen noch weiter auszubauen, uns jüdisch auszuleben, gerade jetzt brachen Rumänen und Tschechen gewaltsam in unser Land, und das Opfer ist wieder nur der unschuldige Jude. Sie plündern, rauben, morden, vernichten uns erbarmungslos. Der bei Juden angerichtete Schaden ist unermesslich, die elendiglich zu Grunde gerichteten zahllos. Und was soll uns die Zukunft bringen, wenn diese neidischen Nachbarn ihre imperialistischen Pläne verwirklichen sollten. Wir, das wohl organisierte Judentum in Ungarn, mit all seinen blühenden jüdischen Institutionen, soll zerrissen, zerstückelt, politisch und wirtschaftlich vernichtet werden. Unsere geheiligten Thorastätten sollen gänzlich zerstört werden. Jeschiwoth, wie Pressburg, Hunsdorf, Neutra, Grosswardein, Klausenburg u. a. m. sollen nicht mehr existieren. Ueber 300 000 Juden, gute Juden, die Entrechtung und Verfolgung bisher nicht kannten, laufen nun Gefahr unter das schreckliche rumänische Joch zu kommen, geknechtet und entrechtet zu werden. Und das große Judentum, dessen Einfluß die Antisemiten so sehr rühmen, schweigt zu all dem! Es läßt seine Stimme angesichts dieser Massenvergewaltigung gar nicht vernehmen! Es will unsern flehentlichen Ruf nach Beistand, Hilfe und Rettung nicht hören! Wo bleibt die jüdische Presse der Welt? Weshalb schweigt sie? Soll denn gewartet werden bis es zu spät und alles vorüber ist? Es geht um die Existenz, um den Bestand einer Million Juden und nicht der allerschlimmsten. *Jetzt muß gehandelt werden,* bevor die Rumänen ihre neue Beute einheimsen und 300 000, an Ruhe und Freitheit gewohnte Juden, entrechten.

Und ich frage mit Hillel: Wenn nicht jetzt, wann denn, und wenn wir Juden Ungarns uns allein überlassen werden, was können wir? *S. B.*

Chronik.

Polen.

Wilson und der Lemberger Pogrom.

Die Warschauer „Nowa Gazeta“ (Blatt der Polen) schreibt unter obigem Titel: Von einer soeben aus der Schweiz ankommenden Persönlichkeit erfahren wir, Präsident Wilson habe erklärt, er hätte die Telegramme der Krakauer und Warschauer Gemeinden nicht erhalten. Diese Nachricht scheint uns glaubwürdig, wenn man einerseits die nicht guten Beziehungen Wilsons zum polnischen Liquidationskomitee, anderseits die Strömungen, die durch den Lemberger Pogrom in der Umgebung des Präsidenten hervorgerufen worden sind, betrachtet. Zu dieser Umgebung gehören nämlich einige Juden, darunter zwei Sekretäre, die ihm vom jüdischen Philantropen *Jakob Schiff* rekommandiert worden sind. Präsident Wilson und seine Umgebung sind der Ansicht, dass die *Anführer* der *antisemitischen Bewegung* in Polen, deren katastrophale Konsequenz die Pogrome gewesen sind, *sich mit der Politik des polnischen Nationalkomitees identifizieren.*

Entjudung.

Die „Gazeta Warszawska“ meldet vom 30. Dez.: „Infolge telegraphischer Verständigung der Bahnarbeiter aller Direktionen sendete der Eisenbahnerverband ein Telegramm an die polnischen Eisenbahner folgenden Inhaltes: „Sich solidarisierend mit allen Kollegen in

ihrem berechtigten Proteste gegen die Aufnahme von Juden bei den polnischen Bahnen, rufen wir: Fort mit den fremden Elementen! Brot und Arbeit nur für die Unsrigen! Fort mit den jüdischen Arbeitern, die für jüdisches Geld Anarchie une Desorganisation nach Polen bringen! Alle Bahnarbeiter Polens." Diese Depesche wurde auch dem Ministerpräsidenten Moraczewski mitgeteilt."

„Gazeta Poranna" schlägt vor, dass die sich als Katholiken fühlenden Polen ein besonderes Abzeichen tragen sollen. Es scheint, als ob man sich für künftige Judenausschreitungen vorbereiten wolle.

Warschau. Der Vorstand der jüdischen Gemeinde in Warschau hat sich an alle jüdischen Parteien gewendet, je drei Mitglieder zwecks Kooptierung in die Gemeinde, zu bestimmen. Dieser gehören jetzt ausser den führenden Mitgliedern auch die Delegierten folgender 7 Parteigruppen an: Agudath Haorthodoxim, Misrachi, Zionisten, Jeschurun, Assimilanten, Neo-Assimilanten und Handwerker. Die Linksparteien und Volkspartei lehnten die Beteiligung ab, indem sie die Durchführung neuer Wahlen fordern.

Bei der letzten Delegiertenversammlung der Agudath-Haorthodoxim in Warschan waren 584 Delegierte aus allen Teilen Polens anwesend. Der Anschluss an die „Agudas-Jisroél" wurde einstimmig beschlossen.

(Mitgeteilt aus Agudas-Jisroél Kreisen.)

Galizien.

Antijüdische Exzesse auf dem Tarnower Bahnhof.

Am 30. Dez. gegen 5 Uhr Nachmittag fanden am Tarnower Bahnhof Exzesse gegen Juden statt, wobei gegen 30 Juden verletzt worden sind.

Auf den aus Zabno kommenden Zug, harrten Hunderte von Bahnarbeitern, wie auch eine grössere Anzahl uniformierter Legionisten im Vestibül. Bei Ankunft des Zuges, warfen sich die Arbeiter und Soldaten auf die aussteigenden Juden und schlugen und verwundeten sie mit Stöcken und Bajonetten. Am schwersten verwundet ist Herr *Leib Pomerantz.* Am 1. Januar wiederholten sich diese Exzesse. Die aus dem Rzeszower Zuge aussteigenden Juden, sperrte man im Vestibül ein und massakrierte sie. Man entriss ihnen die Handgepäcke wie auch die Portefeuilles aus den Taschen. Frauen riss man die Perücken vom Kopfe. Bisher sind uns nur die Namen folgender Verletzten bekannt: *Elias Friedmann* aus *Krakau, Herrsch Leib Weiss* und *Kienberg aus Tarnow.*

Eine Interpellation.

Auf einer Sitzung der Krakauer Kultusgemeinde interpellierte Herr Rosenberg wegen folgendem Faktum: Als die Ruthenen anfangs November Lemberg besetzten, forderte der Krakauer Universitätssenat alle Akademiker zur Bildung einer freiwilligen Abteilung zur Befreiung Lembergs auf. Die jüdischen Akademiker lehnten die Beteiligung an dieser Legion ab, mit der Begründung, ihre Aufgabe als Juden sei es, nur das jüdische Leben und Vermögen zu beschützen. Sie müssten deshalb der *jüdischen* Miliz und nicht der *polnischen* beitreten. Der Senat anerkannte damals die Richtigkeit dieses Standpunktes. Später wurde bekanntlich die jüdische Miliz aufgelöst. Der Senat forderte nun die jüdischen Akademiker auf, sich dem Freiwilligen-Korps vor Lemberg anzuschliessen, drohend, sie würden sonst das Semester verlieren und auch im Sommersemester zum Studium nicht zugelassen werden. Auf diese Weise will man die Juden zwingen, am Kampfe gegen die Ruthenen teilzunehmen. Die Lage der jüdischen Akademiker ist also eine fatale und der Interpellant fordert die Kultusgemeinde auf, diesbezüglich bei der polnischen Liquidierungskommission zu intervenieren.

Numerus Clausus an der Krakauer Universität.

Krakau. Bei der diesjährigen Inskription an der Krakauer Universität hat die Universitätsbehörde prinzipiell auf je 100 christliche Hörer nur 5 Juden aufgenommen, also eine *besondere Prozentnorm* für die Juden aufgestellt.

Bukowina.

Laut „W.Morgenzeitung" werden die jüdischen Flüchtlinge aus Böhmen und Mähren, die nach der Bukowina heimkehren, an der Bukowinaer Grenze in Sniatyn von rumänischen Behörden zurückgehalten und als „Fremde" nach der Bukowina nicht hineingelassen. Sie erdulden dort grosse Leiden, da sie weder Kleidung noch Nahrung besitzen. Die „Morgenzeitung" warnt daher die Flüchtlinge in Böhmen und Mähren vor der beschleunigten Rückreise nach der Bukowina.

Tschecho-slovakischer Staat.

Der Jüdische Nationalrat bei Masaryk.

Präsident Masaryk hat das Präsidium des Jüdischen Nationalrates für den tschecho-slovakischen Staat empfangen. Der Präsideut des Nationalrates Dr. Ludwig Singer begrüsste ihn im Namen des Jüdischen Volkes und dankte ihm für seine Botschaft an die amerikanischen Zionisten, in welcher er, Masaryk, die Juden als nationale Minorität mit öffentlichen politischen Rechten, anerkannt hatte. Masaryk antwortete, dass er an diesen ausgesprochenen Prinzipien festhalte. Auch Herrn Rudolf Kohn, der einen Plan zur Gründung landwirtschaftlicher und gewerblicher Kooperationen für das jüdische Volk entwickelte, und Herrn Dr. Max Brod, welcher wegen kultureller und Schulfragen intervenierte, äusserte Präsident Masaryk seine Zustimmung und Sympathie und versprach ihre Pläne zu unterstützen. Die Delegation wies auch auf die antisemitischen Ausschreitungen hin, und übergab eine Denkschrift, in der eine entsprechende Anzahl von Mandaten in der tschechischen Nationalversammlung für das Jüdische Volk gefordert wurde.

(J.P.Z.) Prag. Lord *Rothschild, Weizmann* und *Sokolow* haben dem tschecho-slovakischen Jüdischen Nationalrat einen Glückwunsch zugeschickt und ihn aufgefordert, dem jüdischen Volk im entscheidenden Momente beizustehen.

Agram. Am 5. Jan. hat in Agram (Zagreb) die erste Zusammenkunft aller zionistischen Organisationen der südslawischen Staaten stattgefunden. Vertreten waren die Zionisten aus Kroatien, Slavonien, Bosnien und Herzogowina. Führer der zionistischen Organisation in Jugoslavien sind Dr. Hugo Spitzer, Kultuspräsident in Esseg und Dr. Jacobi aus Agram.

Organisierung der Juden in der Slovakei.

Das Jüdische Pressbüro Budapest meldet: In Pöstyén hat sich unter Vorsitz von Dr. *Leo Alexander,* ein Ausschuss zur Organisierung der Juden in der Slovakei auf jüdisch-nationaler Grundlage, gebildet.

Der J. Korrespondent der „J. P. Z.“ meldet: Der Tschecho-Slovakische Staatsrat Dr. Ivan *Markowics* ist bei seiner Rückkehr aus Paris in Nove Mestho nad Vahom (ung. Vagujhely) mit grosser Feierlichkeit, Triumphbögen usw. empfangen worden. In seiner Ansprache kritisierte und verurteilte er scharf die Plünderungen der bäuerlichen Bevölkerung: „Ich komme nach drei Jahren aus Frankreich zurück und finde Häuser ausgeplündert, Fenster eingeschlagen, Geschäfte erbrochen und die Juden geflüchtet. Ist das eure Freiheit? Schämt ihr euch nicht? Sind denn die Juden keine Menschen wie ihr? Auch unter ihnen befinden sich zahlreiche Förderer der Tschechoslovakischen Sache und mutige Kämpfer für unsere Freiheit“.

Wie weit leider die Verhetzung der Bevölkerung reicht, beweist das sofort unter den Bauern um sich greifende Gerücht, Dr. Markowics wäre von den Juden gekauft worden. Traurig genug, dass selbst solche ehrliche und sich aufopfernde Kämpfer wie Dr. Markowics gegen niedrige Verläumdungen nicht sicher sind.

Ukraine.

Odessa. Hier erfährt man, dass das erste Schiff unter jüdisch-nationaler Flagge zwischen Jaffa und Konstantinopel zu kursieren begonnen hat.

Eine Gruppe jüdischer Schiffsbesitzer aus Odessa wendete sich an das Oberkommando der Alliierten mit der Bitte, auf der Linie Odessa-Jaffa-Konstantinopel einen Schiffsverkehr unter nationaler Flagge aufnehmen zu dürfen. Vorderhand beabsichtigen sie, auf erwähnter Linie zwei Personendampfer in Verkehr zu setzen.

Russland.

Die Stadtverwaltung in Rostow am Don hat eine scharfe Protestresolution gegen eine reaktionäre Ordre des Generals Krasnow angenommen, der die alten antisemitischen Beschränkungen im Dongebiete wieder aufleben lassen will. Die Stadtverwaltung erklärt, dass General Krasnow mit seiner judenfeindlichen Ordre im Gegensatz zu den kostbarsten Errungenschaften der russischen Revolution stehe, indem er das alte Verfolgungs- und Bedrückungssystem wieder einzuführen versuche, und fordert die sofortige Aufhebung der den Juden auferlegten Beschränkungen. Unterdes werden heftige antijüdische Proklamationen von General Krasnow verbreitet, der alle Schützer der Juden mit Ausrottung bedroht.

Litauen.

Der S.C.Korrespondent der „J.P.Z.“ schreibt: Von seiten der Polen wird gegenüber der jüdischen Bevölkerung in Wilna eine sehr drohende Haltung angenommen. Wie bekannt, liegen ja die Verhältnisse gerade im Wilnaer Kreise in völkischer Beziehnng sehr schwierig. Seitdem die deutschen Truppen den Wachtdienst aufgeben mussten, befindet sich die Bevölkerung in grosser Sorge. Es wäre daher sehr angebracht, wenn die Entente die Sicherung der von den deutschen geräumten Landesteile übernehmen würde. Sie hat ja eine moralische Verpflichtung dazu, die Bevölkerung zu schützen, wenn sie die bisherigen Sicherungstruppen, wie der Waffenstillstand es fordert, abmarschieren lässt.

Soeben läuft die Mitteilung der polnischen Telegraphenagentur ein, dass Wilna am 2. Januar von den Polen besetzt wurde. (Anmerkung der J.P.Z.)

Ungarn.

Eine Flüchtlingsdeputation aus Ungarn in Wien.

Am 31. Dez. kam in Wien eine Deputation der in Ungarn gebliebenen Flüchtlinge zum ungarischen Botschafter, um bei ihm wegen seiner Bemühungen, die Ostgalizischen und Bukowinaer Flüchtlinge bis zur Rückkehr ruhigerer und sicherer Verhältnisse in der Heimat, aus Ungarn nicht auszuweisen, zu intervenieren. Die Deputation besteht aus Herrn Rabbiner Israel *Margulies* aus Tartakow und Herrn Josef *Herbsteilenberg* aus Trembowla, die in dieser Angelegenheit auch mit den Herren Abgeordneten Reizes und Eidiger verhandelte. Diese versprachen, sich mit allen Kräften der Galizischen Flüchtlinge in Ungarn anzunehmen.

Der nach Budapest geflüchtete Oberrabbiner des Kurorts Pöstyén, Koloman Weber, erhielt von seiner Gemeinde die Verständigung, dass der Kommandant der tschechischen Besatzung den jüdischen Kaufleuten den Befehl erteilte, ihre Läden am Samstag offen zu halten, sonst wird er ihre Geschäfte mit Gewalt öffnen und die Waren durch fremde Personen verschleissen lassen. Dieser Befehl ist desto ungerechter, da im Kurort Pistyan genügend christliche Geschäfte vorhanden sind und die Bevölkerung stets in genügender Weise ihren Samstagsbedarf dort decken konnte. Oberrabbiner Weber wandte sich unverzüglich an den Budapester Gesandten des Tschecho-slovakischen Staates, Dr. Milan *Hodzsa*, der sogleich versprach wegen dieses Gewissenszwanges zu intervenieren und

falls auch in anderen slovakischen Ortschaften ein religiöser Zwang auf die Juden ausgeübt werde, möge man sich telegraphisch an ihn wenden.

Jüdischnationale Vertretung im Banater Volksrat.

Neben den Rumänen, Serben, Magyaren erhalten auch die Juden im Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl ihre Vertretung im Banater Volksrat.

Rumänien.

Die in Paris erscheinende „La Rumanie" meldet: „Die Bill betreffend die jüdische Frage in Rumänien dürfte noch vor der Zusammenkunft der Friedenskonferenz zur Regelung gebracht werden, Die konstituierende Versammlung dürfte sicherlich diese Bill, die die jüdische und agrarische Frage behandelt, ratifizieren.

Dr. Abraham *Fried* teilt folgende Pogromnachrichten mit: In Romoli (Besztercza Naszód Com.) zwangen die Rumänen die dortigen Juden (ca. 400) durch grausame körperliche Züchtigungen zur Auswanderung. Bei grimmiger Kälte und Fröste entledigte man sie ihrer Kleider und vertrieb sie, nachdem man sie ihrer Barschaft beraubt hatte. (Jüdisches Pressbüro Budapest.)

Deutschland.

Pogrom in Posen.

Die aus Posen Ankommenden berichten, dass dort am 29. Dezember ein Judenpogrom veranstaltet worden ist, bei dem viele Juden getötet worden sind. Bis heute wurden 30 Tote gezählt. Die Holigane überfielen die Synagoge und raubten alles Wertvolle. Diese Geschehnisse sind seit langem organisiert worden. Die Polen haben von Warschauer Emmissären Waffen erhalten. Freitag, einen Tag nach dem triumphvollen Einzug Paderewskis, kamen Excesse gegen die Deutschen vor. Später verbreiteten sie sich über die ganze Stadt. Samstag vormittags kamen auf dem Wilhelmsplatz 4 Lastwagen mit Waffen, die sofort unter die Lehrjugend und Gymnasiasten verteilt wurden. Einer dieser Schüler feuerte einen Schuss vor der Synagoge ab, worauf die Polen sofort das Gerücht verbreiteten, die Juden hätten aus der Synagoge geschossen. Sie eröffneten ein Trommelfeuer auf die mit Juden angefüllte Synagoge. Das Bombardement und die Plünderungen dauerten die ganze Nacht hindurch. („Wiener Morgenzeitung".)

In der „Jüdischen Rundschau" schreibt Julius *Berger:* „Wir Zionisten verbünden uns in keiner Form dem Machtwillen, der jetzt noch die Welt regiert und sie vielleicht auch noch in nächster Zukunft regieren wird. Das war der eigentliche Grund, warum wir im Kriege keine Partei genommen haben. Von Beginn des Völkerringens an, hat der Zionismus die Forderung des jüdischen Volkes, den Völkern *in ihrer Gesamtheit* unterbreitet und tut dies heute, da die Entscheidung des Krieges gefallen ist, mehr als je".

England.

London. Die nationale Union für Jüdische Rechte in London hat Wilson für seine, dem jüdischen Volk erwiesene Sympathie, Palästina gemäss den Aspirationen des jüdischen Volkes wieder zu einer nationalen Heimstätte zu machen, gedankt.

„Daily News" schreibt: Das Ministerium des Aeusseren veröffentlichte folgende Erklärung:

Die englische Regierung hat von antisemitischen Exzessen in Warschau erfahren. Wenn diese Berichte sich tatsächlich als wahr erweisen werden, wird die Königliche Regierung mit vollem Ernst der Sache sich annehmen. — — Die Koalition und die Vereinigten Staaten sind bereit, mit allen ökonomischen Mitteln zum normalen und kulturellen Wiederaufbau dieser Länder, welche durch ihr Vorgehen gezeigt haben, dass sie Ordnung und Zivilisation wünschen, beizutragen. Wenn irgend ein Volk in Zentraleuropa sich gegen diese niedrigsten Instinkte machtlos erweisen wird, so werden die westlichen Demokratien diesen Ländern keine Hilfe zum Wiederaufbau gewähren können. Dann werden wir ruhig und geduldig die Rückkehr friedlicher Zustände abwarten müssen.

Die Araber für den Zionismus.

Aus Stockholm wird gemeldet: Lord *Rothschild* arrangierte zu Ehren *Feisuls*, des Sohnes des Königs von Hedschas und seines diplomatischen Gefolges ein Bankett, an dem u. a. Lord *Milner*, Lord *Robert Cecil*, *Earl of Crewe*, Sir *Herbert Samuel* u. viele zionistische Führer teilnahmen. Es wurden dabei warme Trinksprüche für den Zionismus gewechselt.

(J.P.Z.) Das nationaldemokratische Organ „The New Europa" betont, dass Palästina unter dem Schutz des zukünftigen Völkerbundes ein jüdischer Staat werden soll, wobei jedoch der heiligen Stadt Jerusalem eine besondere Stellung eingeräumt werden muss.

Die Liga der britischen Juden.

Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet: Major *Lionel de Rothschild* hat der Regierung ein Communiqué vorgelegt, das die Ansichten über die *englische Regierungserklärung* und die *Palästinafrage* im allgemeinen im *Gegensatz zur zionistischen Bewegung* behandelt,

Frankreich.

Die in der französischen Kammer von *Pichon* abgegebene Erklärung, welche die Rechte Frankreichs in Palästina und den benachbarten Ländern scharf unterstreicht und nach Pichon ebenso auf historischen Traditionen, Uebereinkommen und Abmachungen wie auch *auf den Aspirationen der Einwohner* beruhen, *diese schon seit jeher ihre Freundschaft für Frankreich bezeugten* und auf die Frankreich, nach Pichons ausdrücklichen Worten, *unbestreitbare Schutzrechte*, besonders im Libanon, Syrien und Palästina besitzt, haben nach „Jewish-Chronicle" in jüdischen Kreisen stark beunruhigend ge-

wirkt. Das genannte Blatt schreibt: Es wird die Alliierten Regierungen nicht überraschen zn hören, dass solche auf geheime Abmachungen beruhende Deklarationen besonders in jüdischen Kreisen, eine gewisse Unruhe hervorriefen. Wir wissen nicht ob, und wieweit diese, mit den zärtlich gehegten jüdischen Aspirationen im Konflikt stehen. Wir können nur hoffen, dass diese Abmachungen in keiner Weise dem Geist und Wortlaut der bekannten britischen Erklärung zuwiederlaufen. Doch ist es schliesslich die Friedenskonferenz, die auch hierin die Entscheidung fällen wird. Immerhin erwecken solche geheime Abmachungen gewisse Befürchtungen und wäre eine autoritative Klarstellung sehr zu wünschen.

Das jüdische Korrespondenzbüro Stockholm meldet: Die französische sozialistische Partei und die Liga für Menschenrechte in Paris veröffentlichen einen scharfen Protest gegen die Pogrome. Die „Humanité" hat die bekannten Aufrufe von Branting, Möller und Senator van Col an die französischen Sozialisten abgedruckt, was auf die französische Offentlichkeit einen grossen Eindruck gemacht hat.

Paris. In einer von der „Liga der Menschenrechte" veranstalteten Aussprache ist S. F. *Braunstein* für die Sache der *rumänischen Juden* gegen die in Rumänien herrschende Oligarchie eingetreten. Obwohl der Rumänische Gesandte in Paris, Herr Antonescu, an Herrn Rothschild ein Schreiben gerichtet hat, in dem er erklärt, dass Bratianu, seinem Versprechen getreu, den Juden die bürgerliche Gleichberechtigung gewähren werde, hat die Versammlung verlangt, dass die Friedenskonferenz ausdrückliche Garantien für die Rechte der Juden schaffe, da der Berliner Vertrag aus dem Jahre 1878 von Rumänien in seinem Geiste verletzt worden ist. Rumänische Soldaten und Bauern, die der Versammlung beiwohnten, erklärten sich mit den Juden solidarisch. (Neue Zürcher Zeitung.)

(J.P.Z.) In Paris hat sich unter Leitung des Grossrabbiners Levy eine orthodox-national-jüdische Vereinigung gebildet.

Amerika.

Vertreter der amerikanischen Judenheit auf dem Wege zur Friedens-Konferenz.

London. Der bekannte jüdische Sozialistenführer Wintschewsky, Delegierter des amerikanisch-jüdischen Kongresses für die Friedenskonferenz, der Redakteur des New-Yorker jiddischen Tagblattes „Vorwärts" *Kahan* und andere Korrespondenten der amerikanisch-jüdischen Presse sind auf dem Wege nach Paris, in London eingetroffen.

Stockholm. Hier sind Gerüchte verbreitet, dass der amerikanische Kongress für die Zeit von 5 Jahren nach Abschluss des Friedens, die Immigration nach den Vereinigten Staaten verbieten wird.

Schweden.

Das Stockholmer Jüdische Pressbureau meldet: Auf die Einladung Professor Weizmanns zur Londoner zionistischen Konferenz hat das Bureau des Poale-Zionistischen Weltverbandes ihn wegen des Charakters dieser Konferenz angefragt und dabei die Notwendigkeit, einen allgemeinen zionistischen Weltkongress einzuberufen, betont. Weizmanns Antwort lautete: Für die derzeit in London und Paris weilenden Führer ist es unmöglich, jetzt diese politisch so wichtigen Zentren zu verlassen. Wir haben alle zionistischen Persönlichkeiten, die nur die Möglichkeit haben, herzukommen, eingeladen, an dieser Konferenz, die den Charakter einer allgemeinen zionistischen Weltkonferenz besitzt, teilzunehmen.

(J.P.Z.) Bei der jüdischen Hilfskonferenz in Kopenhagen wurde u. a. eine von *Grossmann* vorgeschlagene Resolution angenommen, die die Einberufung eines *jüdischen Weltkongresses* fordert, der neben den politischen sich auch mit den *ökonomischen Fragen* des jüdischen Volkes befassen soll. (Namentlich Emigration, Kolonisation, Wiederaufbau.)

Holland.

Gravenhage. Jüdisches Pressbureau meldet: Die Konferenz der holländischen Zionisten beschloss, die jüdisch-nationalen Organisationen aller Länder zur Einberufung eines jüdischen Weltkongresses aufzufordern.

Belgien.

Namens der „Fédération Zioniste Belge" erheben Dr. L. *Herz* und Jean *Fischer* gegen den Führer der englischen Zionisten, Weizmann, den Vorwurf, dass er zu der Zionistenkonferenz in London nur Vertreter der Alliierten und neutralen Mächte eingeladen habe. Alle Zionisten, aus welchem Lande sie auch stammten, hätten ein Recht an der Organisation Palästinas mitzuarbeiten. Es würden Schritte gegen die Eigenmächtigkeit Weizmanns erfolgen. (Vergleiche das den gleichen Standpunkt einnehmende „Jewish Chronicle".)

Japan.

Jüdische Immigration in Japan.

In Yokohama und in Kobe haben sich während des Krieges jüdische Gemeinden gebildet. Diese sind zum Teil durch die durch den Krieg hervorgerufenen Handelsmöglichkeiten entstanden, und haben sich zufolge der unruhigen Zustände in Russland und durch die vor den Bolschewiki besonders aus Sibirien geflüchteten Juden besonders in der letzten Zeit vergrössert. In Kobe, wo sich ein jüdisches Zentrum gebildet hat, besteht schon eine Synagoge. Von dieser Gemeinde, die sehr rüstig in ihrem Aufbau fortschreitet, ist bereits eine *Einwanderungsgesellschaft* organisiert worden, um weiteren jüdischen Familien aus Russland die Niederlassung zu ermöglichen. In diesen Bestrebungen werden sie von ihrer Brudergemeinde in Yokohama redlich

unterstützt. Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Kobe rekrutieren sich grösstenteils aus gesetzestreuen russischen Juden.

Palästina.

„Daily News" meldet, dass die Eisenbahnfahrt von El-Kantara (am Suez-Kanal) bis Ramleh 13 Stunden dauert. Der *Warenverkehr* geht von Alexandria auf dem Seewege nach Jaffa. Ein Transitzoll wird von Aegypten nicht eingehoben. Die einzelnen Frachtstücke sollen über das Gewicht eines Meterzentners nicht hinausgehen.

Kinderheim in Palätina.

(J.P.Z.) London. Bei einem Meeting wurde beschlossen, in Palästina ein *höheres Klassenheim* für diejenigen Kinder zu gründen, deren Eltern beabsichtigen, diesen eine *hebräische Erziehung* in Gymnasien oder anderen Schulen zu geben. Eltern von ungefähr 20 Kindern versprachen, diese günstige Gelegenheit zu benützen und ihre Kinder als Pioniere der jüdischen Sache dort erziehen zu lassen.

Die Industriellen Baruch Heintze und Schwab sind nach Europa gekommen um sich dort über die Lage der Araber zu informieren.

In Saffed herrscht grosse Not. Viele, von den Türken evakuierte Juden, harren der Möglichkeit zur Rückkehr. Die italienischen Mitglieder der Palästinakommission Dr. *Eder* und Kommandant *Bianchini* melden, dass zumindest 150,000 Pfund Sterling zur Linderung der Not in den neueroberten Gebieten nötig sind. Die zionistische Kommission hat nach Galiläa zwei Fachleute, die Herren *Ettinger* und *Wilkanski,* zur gründlichen Untersuchung der dort herrschenden Zustände, entsendet.

Schweiz.

Jüdischer Trauertag in Zürich.

Der allgemeine jüdische Trauertag in Zürich, der durch die Agudas Jisroel zum Gedenken der Pogromopfer in sämtlichen Synagagen und Bethäusern abgehalten wurde, hat einen tiefen Eindruck auf alle Schichten der jüdischen Bevölkerung gemacht. Die Anteilnahme war eine überaus rege, die Synagogen alle überfüllt. An der veranstalteten Versammlung für die Pogromopfer beteiligten sich fast alle Juden Zürichs.

Die internationale Sozialistenkonferenz in Lausanne.

Der allweltliche jüdisch-sozialistische Arbeiterverband „Poale-Zion" erhielt von Kamill Huysmans eine Einladung, Delegierte zur Teilnahme an der internationalen Sozialistenkonferenz in Lausanne, zu entsenden.

Verbandskonferenz der Poale-Zionisten in Lausanne.

Das Stockholmer Verbandsbüro der jüdisch-sozialistischen Arbeiterpartei „Poale-Zion" lud die Landesorganisationen zu einer Beratung während der internationalen sozialistischen Tagung nach Lausanne ein. Die Hauptpunkte der Tagesordnung bilden die Formulierung der jüdischen Forderungen an die sozialistische Friedenskonferenz, die Stellungnahme zu allgemeinen politischen Fragen und die Einberufung eines Weltkongresses der jüdischen Arbeiter und der gesamten Judenheit.

Presse.

Ein Misrachi-Zionistisches Tageblatt in Budapest.

Die „Allgemeine Jüdische Zeitung" änderte ihren Besitzer und wird nunmehr von der litterarischen Vereinigung „Esra", welche ausschliesslich aus Misrachi-Zionisten besteht, herausgegeben. Die Redaktion des Blattes wurde dem seinerzeitigen Redakteur „Der Welt" Dr. Moritz *Zobel,* übertragen.

Zur Interessenvertretung des „Siebenbürgischen jüdischen Volksverbandes" erscheint eine neue Wochenschrift unter dem Titel „Uj Kelet" (Der neue Osten).

(J.P.Z.) Am 1. Januar begann die hebräische Wochenschrift „Hamicpeh" in Krakau wieder zu erscheinen, nachdem sie für eine gewisse Zeit eingestellt worden war.

In der nächsten Woche beginnt in Wien unter dem Titel „Freiheit" eine deutsche Wochenschrift der jüdisch-sozialistischen Arbeiterpartei Poale Zion zu erscheinan.
(Jüdisches Pressbüro Wien.)

In Wien beginnt am 12. Jan. ein jüdisches Tageblatt in deutscher Sprache unter dem Titel „Wiener Morgenzeitung (?) zu erscheinen.

In Warschau erscheint seit dem 29. Dezember ein jüdisches Tageblatt in polnischer Sprache unter dem Titel „Dziennik Poranny", redigiert von S. Wolkowicz, Redakteur der Wochenschrift „Glos Zydowski".

Verlags-Notizen.

(J.P.Z.) Laut „Anglo Jewish Press Agency" soll in Montreal die Fortsetzung der Ausgabe des babylonischen Talmuds in 18 Bänden unternommen werden, nachdem dieselbe in Wilna begonnen, aber durch den Krieg unterbrochen worden war. Die Arbeit wird unter Aufsicht des Vereins der orthodoxen Rabbiner der Vereinigten Staaten und Kanadas mit Unterstützung des Rabbi Jitzchok Elchanan Seminar in New-York besorgt werden. Die Misrachi-Vereine Kanadas haben einen speziellen Fonds zur Unterstützung dieses Werkes errichtet. (Misrachi-Korr.-Büro, Zürich.)

Der „Jüdische Nationalverein" Wien, gibt seit dem 1. Januar 1919 eine Flugschriftensammlung heraus. Von dem bekannten jüdischen Streiter Ing. *Robert Stricker* ist als erste Schrift „Die wirksame Abwehr des Antisemitismus" erschienen.

(J.P.Z.) In Moskau wurde eine jüdische philosophische Gesellschaft gegründet, um die philosophische Fakultät an der Universität in Jerusalem vorzubereiten.

Die „J.P.Z." ist ein privates Unternehmen — Die Mitteilungen der „J.P.Z." erscheinen unperiodisch — Druck von Kopp-Tanner, Zürich